

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die gespaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Vorkaufe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühr: 10.— Mk. das Laufend, zuzüglich Postgebühr. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 40

Donnerstag, den 2. April 1931

33. Jahrg.

Noch rückständig

Kirchensteuer und Kirchgeld

für den 31. März d. J. abgelaufene Rechnungsjahr sind nur umgegend zu zahlen, ebenso die fällige **Paacht** für Propstfeld und Grünigte, sowie die Kammer- und landwirtschaftlichen Unfallbeiträge.

Der Gemeindefiskusrat

Ungünstige Bilanz.

Nachdem schon Gerüchte von einem erneuten Milliardenbesitz des Reichs durchgedrungen waren, kann es nicht überflüssig sein, daß die diesjährigen Haushalte des Reichs, der Länder und der Gemeinden, die am 31. März endigen, samt und sonders eine überaus gefährliche Lage erkennen lassen. Das Haushaltsjahr 1930 war das Jahr des Verfalls, ohne Aufnahme neuer Anleihen die Reparationsleistungen zu erfüllen. Das Ergebnis kommt nicht nur in den Arbeitslosenziffern, sondern auch in den öffentlichen Haushalten zum Ausdruck. Am Reich sind im Laufe des Haushaltsjahres 1930 Steuererhöhungen einschließlich der Heraushebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mit einem Voranschlag von rund 3,5 Milliarden Rm. durchgeführt worden mit dem Ergebnis, daß gegen den Rückgang des Produktionsumfanges von mindestens 15 % gegenüber 1929 das gesamte Steueraufkommen nur um rund 3 % zuzunehmen ist. Trotz der Verschlechterung der Wirtschaftslage ist also, gemessen am Produktionsumfang, eine erhebliche Steuerermehrung zu verzeichnen gewesen. Trotzdem wird das Reich seinen Haushalt am 31. März mit einem Gesamtschuldenbetrag von mindestens 1,6 Milliarden Rm. ein schließlich des aus dem Vorjahr übernommenen Betrags, aber ohne die schwebende Schuld von 1,8 bis 2 Milliarden Rm. abschließen. Der Fehlbetrag ist um rund 500 Millionen höher als der Betrag, den der Reichsdienstleistungsrat noch Ende Januar angegeben hat.

Positive Vorschläge für die restlose Deckung dieses Betrages sind bisher noch nicht gemacht worden. Dabei sollen einerseits neue Steuern nicht eingeführt werden, andererseits soll aber auch die Ausgabe Seite des nächstjährigen Haushalts auf der Grundlage des jetzigen Voranschlages aufrecht erhalten bleiben. Bei den Ländern liegen die Verhältnisse befriedigender als im Reich. Geradezu verzeihlich ist dagegen die Situation bei den Gemeinden. Man rechnet bei ihnen mit einem Gesamtschuldenbetrag von rund 600 Millionen Rm. In fast allen Städten liegt die Schuldenlast sehr hoch. Berlin plant neben einem Gehaltsabbau eine Herunterföhrung für mehr als 40 000 Beamte; Gien will bei seinen Beamten eine Zwangsanleihe aufnehmen; Hannover müßte zum Ausgleich seines Fehlbetrags seine Bürgersteuer verneinlichen; Breslau will auswärtigen unbediensteten Personen den Zugang sperren usw. Manche Städte sind bereits offen subventioniert worden. Andere Städte helfen sich selber, indem sie einfach Hauszins, Grundvermögenssteuer usw. nicht abführen. In diese Situation liegt die Städte nicht nur hineingeraten durch die hohen Aufwendungen für die kommunalen Wohlfahrtslasten, sondern vor allem auch durch die völlige Außerachtlassung der Notwendigkeit der Schaffung flüssiger Reserven, trotzdem noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit unter Nichtachtung entgegengelegter Vorschriften die Realverhältnisse in vielen Gemeinden nicht unerheblich herausgehoben worden sind.

Der Verlauf des künftigen Haushaltsjahres wird von der konjunkturellen Entwicklung der Steuereinnahmen und des Aufwandes für die Arbeitslosenfürsorge abhängen, da unbegreiflicherweise die Ausgabenposten fast überall farr geblieben sind. Besonders konjunkturempfindlich sind die veranlagte Einkommensteuer sowie die Körperschafts- und die Vermögenssteuer. Selbst wenn im Laufe des nächsten Haushaltsjahres eine Konjunkturbelebung eintreten sollte, werden sich bei diesen Steuern noch erhebliche Ausfälle ergeben, wie die starke Rückläufigkeit gerade dieser Steuern in den letzten Monaten erkennen läßt. Bei der Kapitalverkehrs-, Umsatz- und Beförderungssteuer sowie bei den Waisenkonten sind Mehrerträge nur bei einer entsprechenden Besserung der Wirtschaftslage zu erwarten, die aber unwahrscheinlich ist. Auf jeden Fall werden sie zur Deckung des Ausfalls bei den anderen Steuern nicht ausreichen.

Wie unter diesen Voraussetzungen der Voranschlag für das Haushaltsjahr 1931 erfüllt werden soll, ist unklar. Zwar ist von der Reichsregierung behauptet worden,

daß im Haushaltsjahr 1931 ein neuer Fehlbetrag nicht entstehen würde. Etwa eintretende Fehlbeträge sollen durch Ausgabenentlastungen, nicht aber durch Erhöhung von Steuern, durch Aufnahme von neuen Schulden usw. ausgeglichen werden. Falls dieses Versprechen eingehalten werden soll, wird die Regierung nicht darum herumkommen, die Ausgaben laufend den Einnahmen anzupassen, d. h. der weiteren Rückläufigkeit der Einnahmen automatisch durch Senkung der einzelnen Ausgabenposten Rechnung zu tragen. Ob sie das tun wird und kann, erscheint sehr zweifelhaft, schon angesichts des Umstandes, daß die Regierung bei Verwirklichung der jetzt über die Knappheitsplanung schwebenden Pläne ihre eigene Notverordnung vom 2. Dezember d. J. umgehen will, nach der die Gelmlausgaben das damals veranschlagte Maß nicht übersteigen dürfen.

Die Reichsdienstleistungsordnung.

Der Entwurf dem Reichsrat zugeleitet.

Entsprechend dem wiederholten Wunsche des Reichstags hat der Reichsminister des Innern den Entwurf einer Reichsdienstleistungsordnung ausarbeiten lassen und haben dem Reichsrat zur Genehmigung unterbreitet. Wie einmütlich hat die Regierung, von dem wohl zutreffenden Gedanken ausgehend, daß es unmöglich sein werde, das gesamte Reichsbeamtenrecht in einem einheitlichen Reichsdienstleistungsrecht in einem einheitlichen Reichsdienstleistungsrecht zu regeln, bereits im Jahre 1925 den Entwurf einer Reichsdienstleistungsordnung dem Reichstag vorgelegt, der ihn in einem Ausmaß eingehend beriet und umgestaltete.

Zu einer Verabschiedung kam es wegen der Auflösung des Reichstags im März 1928 nicht mehr. Der neue Entwurf berücksichtigt die erwähnten parlamentarischen Verhandlungen und ist auch nach Rücksprache mit dem Reichsratspräsidenten der Beamtenchaft aufgestellt worden. Der Gehaltentwurf läßt es bei den bisherigen Rechtsvorschriften bewahren, soweit diese sich bewährt haben. In dieser Richtung sei besonders erwähnt, daß, abweichend von dem allgemeinen Strafrecht, das regelmäßig die Verfolgung eines Verbrechen zum Kennzeichen der Behörde gelangenden Deliktes fordert, nicht nur die Eröffnung des Verfahrens in das Ermessen der Verwaltung gestellt, sondern ihr auch nach Beendigung der Untersuchung die Befugnis gegeben wird, von dienstrechtlicher Abhandlung abzulassen. Von den neuen Bestimmungen des Entwurfs sind die folgenden die wichtigsten:

Bei Reichs-, Landes- und Gemeindebeamtendienst dem Belen der Sache nach in innerem Zusammenhang stehen, bestimmt der Entwurf, daß das Reich seine Beamten auch wegen solcher schwererer Verfehlungen zur Verantwortung ziehen kann, die vor Eintritt in seinen Dienst als Landes- oder Gemeindebeamte begangen haben.

Die Strafverfolgung

ist als Dienstföhrer befehligt, da sich ihre Mängel immer eindringlicher erweisen können, kann sie doch unter Umständen geradezu zu einer Nothilfe für den Verurteilten werden.

An ihre Stelle ist die Gehaltsföhrung getreten. Die Strafverfolgung mit ihren für das allgemeine Strafrecht festgelegten Folgen ist auch auf das Dienststrafrecht übertragen.

Die Zusammenlegung der Dienststrafgerichte

ist in der Richtung der Stärkung ihrer Unabhängigkeit gestaltet worden. Der Untersuchungsleiter soll künftig nicht mehr von der Verwaltung, sondern vom Vorsitzenden der Reichsdienststrafkammer bestellt werden. Dieser entscheidet auch über Beschwerden gegen Anordnungen des Untersuchungsleiters. Die Rechte der Verteidigung sind wesentlich erweitert, insofern der Beschuldigte sich in jeder Lage des förmlichen Verfahrens, also auch bereits in der Untersuchung, der Hilfe eines Verteidigers bedienen kann. Die Untersuchung wird vom Grundsatze der Parteiföhrlichkeit abgewandt. Zu jeder dem Beschuldigten nachteiligen Entscheidung des Dienststrafgerichts über die Schuld- und die Straffrage ist eine Mehrheit von 2/3 der Richterstimmen erforderlich.

Die Auslegung der Vollstreckung

ist bei der Strafe der Gehaltsföhrung ermöglicht, die Wiederaufnahme eines jeden durch rechtsföhrliche Entscheidung geschlossenen Dienststrafverfahrens zulässig. Daraus ergibt sich auch die Entscheidung unzulässig verurteilter Beamter von selbst. Die Bestimmungen über die vorläufige Gehaltsföhrung im Falle der vorläufigen Dienstenthebung sind wesentlich gemildert.

Ein offener Brief.

von Winterfeld an Minister Severing.

Berlin, 1. April.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion im Preussischen Landtag, Abgeordneter von Winterfeld, hat einen auch der Presse übergebenen Brief an den Innenminister Severing gerichtet, in dem er heißt: Nach der amtlichen Verkaufserklärung über das Zustandekommen der veränderten Notverordnung und nach der Rundfunkrede des Herrn Reichsinnenministers haben Sie nicht nur dieser Notverordnung zustimmt, sondern

Zustandekommen beteiligt gemeldet. Der Herr Reichsinnenminister hat es in seiner Rundfunkrede so darzustellen versucht, als sei die ganze Notverordnung hauptsächlich zum Schutze der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgesellschaften notwendig gewesen.

Während der Inhalt sich tatsächlich im weitestlichen gegen das politische Verbot- und Verarmungsrecht richtet und damit in die Zuständigkeit der Länder einschneidend eingreift.

Ich verkenne nicht, daß ein Schutz der Religionsgesellschaften gegen die Gottlosenpropaganda notwendig ist und daß das Leben des Bürgers gegen ein politisches Notdogma, das mit der Wordwaffe arbeitet, geschützt werden muß. Die jetzt veränderte Notverordnung geht aber weit über diese Notwendigkeit hinaus und hebt wesentliche Bestimmungen der Reichsverfassung auf, die einst ausdrücklich als Kampfrecht der Opposition garantiert waren.

Sie stellt eine wirkliche Verarmungsmaßnahme, freie Rede und sonstige Propaganda durch Wort und Schrift in Gefahr, weil sie die Kontrolle über diese freirechtlichen Rechte nunmehr in die Hände der politischen Polizei legt.

Ich bitte Sie, Herr Minister, um Auskunft, ob es zutrifft, daß Sie dem Zustandekommen der Notverordnung vorher zugestimmt haben. Sollte die preussische Regierung den Maßnahmen der Reichsregierung nicht beigetreten sein, wie dies bei Bayern nach der amtlichen Verkaufserklärung der Reichsregierung der Fall zu sein scheint, dann bitte ich Sie namens der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtages mit aller Entschiedenheit, die Rechte des preussischen Landes zu wahren und zu fordern, daß die Notverordnung beschleunigt wieder aufgehoben wird.

Deutsch-französische Handelsbeziehungen.

Von Hoelsch gegen jeglichen Optimismus.

Paris, 31. März.

Die Deutsche Handelskammer in Paris veranlaßte an ihre Mitgliederverammlung im Carlton Hotel ein Memorandum, an dem der deutsche Botschafter von Hoelsch, Gesandtschaftsrat Heiser sowie eine Reihe anderer französischer und deutscher Gäste teilnahmen. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Handelskammer, Fischer, sprach Botschafter von Hoelsch über die Entwicklung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Im Anschluß an die jüngsten Ereignisse stellte er entgegen irreföhrlichen Darstellungen fest, daß sich die deutsch-französischen Handelsbeziehungen auf Grund des deutsch-französischen Handelsvertrages durchaus nicht so glänzend und einseitig zu Gunsten Deutschlands ausnehme, als wie der Anschein erweckt werde. Nach Abzug der Sachleistungen auf Reparationskonto sei ganz allgemein bei Inkrafttreten des Handelsvertrages ein Plusjald Frankreichs zu Ungunsten Deutschlands festzustellen.

Die französischen Angaben ließen die Berechnung der Reparationsleistungen völlig außer Betracht. Die Aktivität der deutschen Handelsbilanz gegenüber Frankreich während der letzten beiden Jahre sei außerdem zum größten Teil auf die trübselige wirtschaftliche Lage unserer Heimat zurückzuführen und die dadurch stark verringerte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes.

Als Vertreter der Vereinigung der deutschen Journalisten in Paris sprach Dr. Feil.

Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es über die gegenwärtige politische Krise in den deutsch-französischen Beziehungen hinweg den Vertretern der deutschen Wirtschaft in Paris und ihrer Laikraft gelingen möge, zum Standpunkt der unbedingten Gleichberechtigung aus die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen einer wahrhaft gefunden und erfrischlichen Entwicklung entgegenzuführen.

Regelmäßiger Ozeanluftverkehr

Voransichtlich ab Aufsicht 1933.

— Neuort, 1. April.

Nach mehrwöchigem Aufenthalt hat Dr. Cedener an Bord der „Europa“ die Heimreise nach Friedrichshafen angetreten. Vor seiner Abreise erklärte er in einem Gespräch, er sei nach den Vereinigten Staaten gekommen, um mit den interessierten Finanzkreisen die Möglichkeit eines regelmäßigen Luftschiffverkehrs zwischen Europa und Amerika zu prüfen.

„Die Ergebnisse der Prüfung — so fuhr Dr. Cedener während seiner Fahrt — sind äußerst befriedigend. Wir wissen jetzt, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ein regelmäßiger Flugplan zwischen den Kontinenten möglich ist und gewinnbringend gestaltet werden kann. Falls die wirtschaftliche Depression nicht noch länger dauert, wird der transatlantische Luftdienst im Frühjahr 1933 beginnen. Als Standort in Europa ist Friedrichshafen ausersehen.“

Dr. Cedener teilte weiter mit, es sei notwendig, in Amerika ein dem deutschen Luftschiff ähnliches Luftschiff zu bauen, um etwa notwendige werdende Reparaturen leichter vornehmen zu können.

Der Fahrpreis für die Überfahrt liegt 800 und 1000 Dollar betragen. Die Fahrt von Amerika nach Europa dürfte zwei Tage, die nach Amerika zwei einhalb Tage dauern.

Karfreitag,

ernster Feiertag der Christenheit. Es liegt am Widerhall in unseren Herzen, wenn wir es nicht empfinden, daß am Karfreitag die Gloden anders, erfrischer, heiliger klingen als sonst im Jahr. Wir stolzen Menschenkinder! Daß wir es nicht begreifen können oder wollen, wie blind wir sind in unserer Eitelkeit und Selbstherrlichkeit. Es sträubt sich alles in uns vor dem Geheimnis: „Ich, ich und meine Sünden, die sich wie Kieselstein finden des Sandes an dem Meer, die haben dir erregt das Glend, das dich schlägt, und das berührt Mutterherz.“ — „Ich, ich? Was habe ich zu schaffen mit den töffen Menschen, die vor 1900 Jahren in ungläublicher Verblendung das Kreuz auf Golgatha aufrichten ließen, um den daran zu schlagen, dessen tiefstes Wesen ihnen fremd geliebt war, dessen göttlichen Liebeswillen sie nicht verstanden? Nichts verlegt den Stolz nieder, als wenn er nicht die Anerkennung findet, die er sich selber göttlich; als wenn er einem Größeren gebietet, der seine Seele in ihrer Sünde sieht und, ungebendet von seinem anspruchsvollen Geltungsbedürfnis, in Liebe sich seiner Hilfsbedürftigkeit erbarmt. Ist das heut anders als bei jenen Stolgen, die sich in ihrer Selbstgerechtigkeit bedroht fühlten durch das Erbarmen dessen, der ihre Sünde sah und, statt zu loben, Liebe anbot, die sie nicht begreihen? Der Bille anbot, deren sie sich nicht bedürftig fühlten? — „Ich und meine Sünden“ — ist nicht mein Herz gerade so empfindlich, so leicht in seinem Stolz tief beleidigt? Bereit zu Haß und Feindschaft, wo kein Erbarmen will, weil es nicht zugibt, daß es Erbarmen braucht? — „Ich“ ist immer noch ein großer Mann und schwer zu überzeugen, daß er ist, was jene waren, die den Heiligen Gottes aus Kreuz gebracht: ein großer Sünder! Der gelten, der gelobt, aber nicht geliebt sein will; der anerkannt, aber nicht erkannt sein will, wie er wirklich ist in seiner innerlichen Vernünftigkeit und Erbarmlichkeit. Wohl dem, der ihn mit Liebe und Erbarmen kommt! — Und zum Herrn Jch gefüllt sich der „Herr Omnes“ — wie ihn Martin Luther nennt; auf deutsch „Herr Jedermann“, die große Masse der Urteilslosen, die jedem folgen, der ihren Wünschen und Begierden Befriedigung verspricht, die immer meinen, was menschlich ist, und nicht, was göttlich ist. Herr Jch der Heber und Herr Jedermann der Aufgehörte der das „Kreuzige Kreuzige“ schreien muß: das sind die Feinde des Sohnes Gottes. Jch und meine Sünden! — Mein Herz erbebt; ich sah und ich empfinde den Fluch der Sünde. Aber — das große Alexander Gottes, das kann mein Herz mit Schrecken und Entzücken am Kreuz erblicken. Es schlägt den Stolz und mein Verdienst vernichtet. Es beugt mich tief und es erhebt mich wieder, erlindert mich, macht mich aus Gottes Feinde zu Gottes Freunden! — Die den Leib des Gottessohnes lösteten, hielten geliebt von seinem göttlichen Erbarmen: „Vater, vergib ihnen, sie wissen nicht, was sie tun.“ — Hier ist zu ahnen das große, tiefe, göttliche Geheimnis des Kreuzes Christi. Kein enblicher Verstand ergründet, daß Gottes Lieb unendlich ist. Der am Kreuz auf Golgatha hat von seinem Vater solche Liebe, solche unermessliche große Liebe, daß er uns stolze Menschenkinder, uns etwel eine Sünder hinausjagt hat aus der Macht und Schuld unserer Sünde, und dann auch an mich gedacht, als er rief: „Es ist vollbracht!“

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 30. März 1931

* Die feierliche **Schulentlassung** der diesjährigen Konfirmanden fand hat am Sonntag, den 28. März, vormittags 9 Uhr im Saale zum Plauen fest und bestand aus Chorgerängen der 1. Klasse, Gebet des Herrn Kantors Bode, Pf. 23 gesprochen von den Konfirmanden, Deklamationen von Gedichten, die dem Ernst der Stunde angepaßt waren und der Entlassungsansprache des Herrn Rectors Höpfer. In dieser erwähnte er die Konfirmanden unter Hinweis auf das Beispiel des jungen Baumes im Garten zur Liebe zum Vaterlande als den starken Wurzel in der Kraft, zum Trachten nach festen geraden Charakteren, zum Streben dem Licht entgegen, dem Licht der Gottesgemeinschaft und dem Licht des Wortes Gottes. — An die Entlassungsfeier schloß sich an eine Besichtigung der Ausstellung von Handfertigkeitsarbeiten und Zeichnungen der Schulfinder, die zum Teil recht beachtenswert waren. Im Zusammenhang mit der Entlassungsfeier erfolgte am Palmsonntag die Feier der Konfirmation in hiesiger Stadtkirche. Um 7/10 Uhr setzte sich unter feierlichem Glockengeläut der Zug der Konfirmanden, geführt von den Geistlichen, dem Herrn Rector und Kantor von der Schule aus in Bewegung zur Kirche, wo die Festgemeinde ihrer harre. Einer Einfingungsansprache legte Herr Probst Vertam zugrunde das Wort Offenb. Joh. 3, 11 „Dalle, was du hast“, das er mit seinem tiefen Ernst den Konfirmanden ansteigte und ans Herz legte. Wie bei der Entlassungsfeier Herr Rector und Herr Kantor, so gedachte auch er mit wehmütigen Worten der Konfirmandin Irmgard Springer, die Gott aberufen hat, ehe sie den Tag der Konfirmation erleben konnte, auf den sie sich besonders gerichtet hatte. Gott geleite die Konfirmanden an seiner Vaterhand durch ihr ferneres Leben Möge er durch seinen Geist vollenden das gute Werk, was er in ihnen angefangen hat. Mögen sie selbst ihm die Treue halten! A.

* Auf Antrag des Magistrats Kemberg hat der Kreis-ausschuß Wittenberg beschloffen, aus Mitteln der Pauszinssteuer Darlehen zur Instandsetzung von Altwohnungen zu geben. Dieser Beschluß wird allgemein begrüßt werden. Während bisher Pauszinssteuermittel nur für Neubauten bewilligt wurden, werden sie künftig auch für größere Reparaturen in Altwohnen unter sehr günstigen Bedingungen zur Verfügung stehen.

Sp. **Karfreitag im Rundfunk.** Im Rahmen der Berliner Morgenfeier, die 10 Minuten vor 9 Uhr mit der Uebertragung des Stundenglockenpiels der Potsdamer Garnisonkirche eingeleitet wird, führt Probst D. Schlegel die Anrede. Um 11 Uhr folgt eine Orgelmusik, die in ihrem Inhalt auf Karfreitag abgestimmt ist. — Die Minna

überträgt abends um 6 Uhr aus der Leipziger Thomaskirche die Matthäuspassion, nachdem vorher eine Einführung in ihr Verständnis gegeben worden ist. Auch der Vormittag bringt eine Reihe von Veranstaltungen, die dem ersten Charakter des Tages Rechnung tragen.

Sport. Am vergangenen Sonntag weite die 1. Fußballmannschaft des hiesigen M.-T.-V. in Bitterfeld. Sie spielte gegen VfV. II das Revueabspiel, um die unbedeutende Niederlage von letzten Sonntag auszugleichen. Kemberg trat mit voller Mannschaft an, mußte aber nach 10 Minuten nur mit 10 Mann das Spiel fortsetzen, da der linke Verteidiger seiner alten Verletzung halber ausfallen mußte. Das Spiel selbst war ein sehr flottes und ausgeglichenes Spiel. Kemberg konnte, trotzdem sie im Vorteil waren, denn sie spielten mit Wind, die Seiten zur Halbzeit nur mit 1:1 wechseln. VfV. hoffte nun nach Halbzeit leichtes Spiel zu haben. Hierin hatte sich Bitterfeld stark geändert, denn sie konnten nur noch einmal enden, was Kemberg wieder ausglich. Mit einem Resultat von 2:2 verließ Kemberg mit einem kräftigen „Gut Heil“ den Platz. — Die 11. Mannschaft spielte auf dem hiesigen Platz gegen Preußen II. Braun. Braun hatte geglaubt gegen Kembergs 11. Mannschaft zu spielen und war daher mit verstärkter Mannschaft erschienen. Sie glaubten nun mit Kembergs 11. leichtes Spiel zu haben. Hierin täuschten sie sich, denn sie konnten mit viel Glück nur ein 4:3 Resultat für sich buchen. — In dieser Stelle weisen wir auch auf die am 1. Osterfeiertag stattfindenden Spiele gegen Sportverein Bietin 1. und 11. Mannschaft hin.

Bitterfeld. Der sieben vorgelegte Etat des Kreises Bitterfeld schließt bei 9,9 Millionen Ausgaben und 3,7 Mill. Einnahmen mit einem Defizit von 6,2 Millionen Mark ab, für das keine Deckung vorhanden ist, da eine Erhöhung der Kreissteuerumlage über den vorjährigen Satz (65 %) hinaus unzulässig ist. Dem Kreisrat, der am 13. April in die Einberufung eintritt, wird daher die Aufnahme eines Kredits in Höhe von Betrage von vorläufig 2 Millionen Mark vorgeschlagen. Ferner soll das Reich und der Staat dringend um besondere Beihilfen gebeten werden, da sonst der Kreis seinen Verpflichtungen gegenüber den Wohlfahrtsverbänden nicht mehr nachkommen kann. (1)

Nächste Verammlungsjahres.

Näßberg (Elbe). Im Anschluß an eine außerordentlich unruhig verlaufene nationalsozialistische Versammlung, kam es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer schweren Schlägerei. Man blieb aufeinander los mit Stuhlbeinen und Biergläsern. S. U. Leute räumten den Saal. Als die Kommunisten verließen, das Versammlungsgelände zu flüchten, traf die alarmierte Landjäger ein, die den Tumulten ein Ende machte. Es wurden 20 Verletzte festgestellt, die zum größten Teil nicht schwere Fleischwunden im Gesicht und am Kopf davongetragen haben. Die polizeiliche Durchsuchung der Nationalsozialisten nach Waffen hatte ein negatives Resultat.

Ellerwerda. Durch Feuer wurde auf einem Gehöft in Pröben zwei Scheunen und ein Stallgebäude vernichtet. Man führt den Brand auf Kurzschluß zurück.

Zeitz. Einem offenbar weit verzweigten Schwindunternehmen ist die Polizei auf die Spur gekommen. Bisher wurde festgestellt, daß durch einen angeblichen Hypothekendarsteller eine ganze Reihe von Personen geschädigt worden ist. Gestandene, die auf Zinnsammlerate den aber den Gaunern in die Hände fielen, mußten Anzahlungen von durchschnittlich 50 Mark leisten. Gegenleistungen erfolgten in keinem Falle, und mit dem Geld waren auch die Gauner verschwunden.

Kanna bei Zeitz. Niedergebrannt ist die Feldscheune des Ritterguts L. u. p. z. mit dem gesamten Inventar.

Trebnitz (Kr. Borsbenitz). Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Jacobsgrube. Dort stürzte die 40 Jahre alte Arbeiterin in einen zwölf Meter tiefen Schacht. Der Mann verletzte sich dabei schwer. Er fand Aufnahme im Krankenhaus.

Schwerer Motorradunfall. Rofleben (Unstrut). Am den Nachmittagsstunden des Sonntags ereignete sich auf der Landstraße zwischen Zieglroda und Rofleben ein schwerer Motorradunfall. Die Gebrüder Thomann aus Rofleben und Botendorf kamen mit ihrem Motorrad in einer scharfen Kurve zu Fall. Der Fahrer erlitt Prellungen am Oberkörper, während der Sojus schwerere innere Verletzungen und eine Gehirnerschütterung erlitt. Der Schwerverletzte wurde in das Kreiskrankenhaus nach Querfurt übergeführt werden.

Ein Wohnhaus eingestürzt. Krusenau, Kr. Dierbach (Altmark). Bei dem Maurer Bogt kam in der Mauerwerkmauer Feuer aus, das die Dachbalken entzündete und sich auf das ganze Gebäude ausbreitete. Das Wohnhaus brannte bis auf die Mauern nieder.

Des Karfreitags wegen gelangt die nächste Nummer Sonnabend mittag 1 Uhr zur Ausgabe. Anzeigen bis Donnerstagabend 6 Uhr erbeten.

Ungersleben. Er wußte es zuerst. — Die 18jährige Tochter eines hiesigen Telegraphenbetrieblers, die bei einem Arzt in Berlin als Hausdiener beschäftigt war, machte dort ihrem Leben freiwillig ein Ende. Ein tragischer Zufall wollte es, daß, als die polizeiliche Nachricht hierüber von Berlin durch den Draht gegeben wurde, der Vater des Mädchens gerade den Morseapparat bediente und so zuerst die erschütternde Kunde erhielt.

Zeitz. Kraftverkehrsverbot. — Der Regierungspräsident in Magdeburg hat für die Osterfeiertage die Straße Zeitz-Byentanzplatz für den Auto- und Motorradverkehr freigegeben.

Salswedel. Diebe in der Kreisfasse. — In der Nachdrangen bisher noch unbekannt Diebe in das Gebäude der Kreisfasse ein, erbrachen den Gehlschrank und erbeuteten etwa 400 Mark und Geschäftspapiere. Die Diebe hatten mit Handschuhen gearbeitet.

Halberstadt. Einem gefährlichen Ein- und Ausbrecher gelang es, aus einem hiesigen Krankenhaus zu entfliehen. Zweimal war er aus dem Gefängnis in das Krankenhaus gebracht worden, weil er alle möglichen Gegenstände, zuletzt sogar Teile einer Abspülung verschluckt hatte, um auf die Weise Gelegenheit zur Flucht zu haben. Jetzt hatte er Erfolg.

Alten (Elbe). Disziplinarverfahren. — Gegen den kommunistischer Magistratsbeigeordneten Ulrich ist wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit und kommunistischer Propaganda ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amt eingeleitet worden.

Ein Kind vom Auto getötet.

Geitz. In Bledendorf starb der neunjährige Schüler Heinrich Böhm im Spielen in ein vorüberfahrendes Auto. Seine Verletzungen wurden so schwer, daß er auf dem Trauerort zum Tode kam.

Merseburg. Das Defizit in neue Rechnungsjahr. — Der Haushaltpersonalrat für das Jahr 1931 ist fertiggestellt. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 5 782 000 Mark ab gegenüber einer Ausgabe von 5 656 000 Mark im Jahre 1930. Der Zuschuß, den das Wohlfahrtsamt erfordert, beläuft sich auf 922 000 Mark, das sind 415 000 Mark mehr als im Vorjahre, während der Zuschuß der allgemeinen Verwaltung in Höhe von 315 000 Mark um 42 000 Mark geringer ist als 1930.

Die Ausbalancierung des Haushalts hat nur unter dem Gesichtspunkte äußerster Sparmaßregeln vorgenommen werden können. Sie war um schwerer, als der vorjährige Etat mit einem Defizit abschloß.

Halle. Am Fahrartenkaffee niedergefallen wurde von etwa 15 Burichen ein Polizeibeamter in Zivil in dem Augenblick, als er sich ein Billet lösen wollte. Die Täter sind unerkannt entkommen. Der Unfallereignis ist nicht ernstlich verletzt worden.

Magdeburg. Der Magistrat hatte die Arbeitszeit in den städtischen Kranenhäusern von 60 auf 48 Stunden in der Woche herabgesetzt, um auf diese Weise einen Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Gegen diese Maßnahme hat jetzt der Mitteldeutsche Arbeiterverband öffentlicher Verwaltungen und Betriebe Einspruch erhoben mit der Begründung, daß im Tarifvertrag für die Arbeitnehmer die ökonomische Arbeitszeit festgelegt ist. Der Magistrat hätte in die zur Zeit zwischen den Tarifparteien schwebenden Verhandlungen über die Arbeitszeitverhältnisse unredlich eingegriffen.

Kirchliche Nachrichten.

Gründonnerstag, 2. April, abends 8 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier. Probst Vertam. (Teilnahme der kirchlichen Körperschaften. Anmeldung bis Donnerstag mittags erbeten.)

Karfreitag, den 3. April. Kollekte für das Diakonissenmutterhaus Katharinenstift in Wittenberg. Kemberg.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Probst Vertam. **Nachm. 2 Uhr Gottesdienst** in der Friedhofskapelle. Pfarrer Hhms.

Gommle. **Vorm. 1/9 Uhr Beichte.** Pfarrer Hhms. **Vorm. 9 Uhr Predigt und Abendmahlsfeier.** Pfarrer Hhms.

Kotta (Karfreitag). **Vorm. 9 Uhr Beichte 9/11 Uhr Gottesdienst** mit darauffolgendem Abendmahle.



Schokoladen-Ostereier u. Schokoladen-Osterhasen
Bonbonieren
Marpzaneier, Trüffeleier, Nougateier, Knickbeineier, Weinbrandeier, Liköreier
Papp-Ostereier, Pappmaché-Hasen
in allen Größen, mit und ohne Füllung
Osterkörbchen - gefüllte Eierbecher - Eierservice - Eierpuppen
und viele andere hübsche Geschenkartikel
 empfiehlt zum Osterfest in reicher Auswahl und zu billigen Preisen
Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße und Markt

Geschäfts-Üebnahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Kemberg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich das bisher von Herrn **Reinhold Hartmann** betriebene **Kolonial- und Delikatessen-Geschäft** übernommen habe.

Die Eröffnung findet am **Donnerstag, den 2. April** statt.

Ich bitte, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich gütigst übertragen zu wollen. Ich werde stets bestrebt sein, durch aufmerksame Bedienung und einwandfreie Ware die verehrte Kundschaft in jeder Beziehung zufrieden zu stellen.

Hochachtungsvoll
Richard Tempelhof

Huhn's Kaffee's

stets frisch aus eigener Rösterei
sind feinschmeckend und billig.

Achtung frisch eingetroffen

Pa. engl. Fettbücklinge,
Sprotten,
Fleckheringe,
Sardellen,
Bismarckheringe,
Hering in Gelee,
Lachs in Oel,

Rollmöpse,
Bratrollmöpse,
Bratheringe,
Sardinen,
Fleischsalat,
Heringssalat,



Neue saure Gurken

Alte saure Gurken (prima Weinessiggurken, keine Salzgurken)
Pa. Blumenkohl, Rot-, Weiss- u. Wirsingkohl, Spinat, Rapinzchen
Aepfel — Bananen — Zitronen — Kokosnüsse

Mohr-, Kohl- und rote Rüben — Sellerie
Apfelsinen 10 Stk. 50 und 60 Pfg., Stk. 10 und 15 Pfg.
Steckwiebeln, solange Vorrat reicht 1 Pfund 25 Pfg.
bei **Otto Quinque, Kreuzstraße 15**

LIKÖRE

Weinbrand

Rotweine — Weißweine
Fruchtwein, Himbeersaft
empfehlen **Ww. W. Becker**

Zu Ostern

empfehlen alle Artikel zur

Fest-Bäckerei

Gemüse- und Früchte-

Konserven

Frische Äpfel, Ringäpfel

Birnen, Aprikosen

Pflaumen

in besten Qualitäten billigst
C. G. Pfeil

Ostertarten

empfehlen in reicher Auswahl
Richard Arnold

Preuß.-Südd. Klassenlotterie

Ziehung 1. Klasse 20.

und 21. April

Loose in allen

Abschnitten vorräthig.

1/8 1/4 1/2 1/1 Los

5.— 10.— 20.— 40.— RM

Staatlicher Lottereeinnehmer

Messerschmidt

Wittenberg, Büdenstraße 1

Postfach-Konto Leipzig 13087

Verband nach außerhalb.

Volkswohl-Loose

für soziale und kulturelle Zwecke

Ziehung: **15. bis 22. April**

Gewinne im Werte von 430000 M.

Auf Wunsch 90% in bar

Einzellos 1.— M. — Doppellos 2.— M.

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Achtung!

Verpunde Sonnabend früh von

7 Uhr ab

prima junges

Rind und Schwein

Rindfleisch zum Kochen 70 Pfg.

Schmorfleisch 1,10 M.

Schweinefleisch 80 Pfg.

hausgeschlachte

Blut- und Leberwurst

in bekannter Güte

Martin Kramer,

Weinbergstraße 21

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlindeendes

Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber

und Kupferamalgam

Anfertigung künstlicher

Zähne in Kautschuk, Gold u.

unechten Metallen, sowie

Kronen, Brückenarbeiten

und Stützähne.

Reparaturen werden schnell-

stens ausgeführt.

Empfehle von morgen ab

erstklassige hausgeschlachte

Blut- u. Leberwurst

Pfund 80 Pfg.

Schweinefleisch

Pfund 80 Pfg ohne Beilage

Gehacktes Pfd. 90 Pfg.

Rückenfett u. Schmeer

Pfund 70 Pfg.

Schinken z. Einpötern

Pfund 80 Pfg.

Alfred Bachmann

Achtung!

Verpunde ab Sonnabend früh 8

Uhr 2 prima Schweine

pr. hausgeschlachte Wurst

nach Thüringer Art Pfd 80 Pfg.

Fleisch Pfund 80 Pfg.

Gehacktes Pfund 85 Pfg.

Bestellungen werden entgegen-

genommen

Paul Kronberg,

Schmiedeberger Straße 17

Prima

Rind-, Kalb- u.

Schweinefleisch

alle Sorten Wurst

Aufschnitt

Würstchen u. Backwurst

empfehlen **Louis Richter**



ist Qualität!

Darum kaufe

jede Hausfrau



die Feine,

preiswert

wie keine



Frühjahrs-Neuheiten

in Damen- u. Backfischmänteln, modernen

Kleiderstoffen in einfarbig. u. bedrucktem

Marocain — Georgette — Seidenvoile

Große Auswahl in Damenhüten

Durch Großeinkauf enorm

billig

Otto Wildau :: Kemberg

Beachten Sie bitte meine Schaufenster



Eine frischmelkende

Ziege

zu kaufen gesucht

Sampel, Lubat

Feinste

Fisch-Konserven

Scheiben- u. Schnitzellachs

Oelsardinen — Sardellen

Fleischsalat

la. saure Gurken

Gewürz- und Senfgurken

Pumpnickel

alle Sorten Käse

empfehlen **Rudolf Huhn**

Ferkel

verkauft

Wittenberger Neumarkt 4

Ferkel

zu verkaufen

Paul Nitzsche,

Burgstraße 14

Meuro

Am 2. Osterfesttag, von nach-

mittags 2 Uhr an

Preis-Stat

Jeder Mitspieler erhält

eine Bratwurst!

Es laßt freundlich ein

A. Bergmann.

Zu den Feiertagen

Rind-, Kalb- und Schweinefleisch

Kasseler Rippespeer
diversen Aufschnitt

fr. Sülze, Kaiserjagdwurst, Mortadella
Wiener Würstchen, Würstchen in Dosen
Bockwurst und Breslauer

Richard Krausemann Nachf.
Inhaber Heinrich Schneider.



Gesunde Kleidung – gesunde Kinder!

In der porös-elastischen, reinwollenen Bleyle-Kleidung fühlen sich Ihre Kinder immer am wohlsten. Bewahren Sie Ihren Kindern Lebensfreude u. Gesundheit: wählen Sie für das Frühjahr die flotte, moderne und praktische

Bleyle-Kleidung

zu haben bei

Wilhelm Weydanz

Radf.-Verein Germania

Donnerstag, den 2. April, abends 8 Uhr im Schützenhaus

Bersammlung

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand

Gommlö

Montag, den 2. Feiertag von abends 7 Uhr

Tanz

wozu freundl. einladet E. Klinge

Hotel „Blauer Hecht“

Am 1. u. 2. Osterfeiertag, abends 8^{1/2} Uhr
Alle Welt bejubelt den grössten aller Filmkünstler
Zwei Filme, die **Charlie Chaplin** den Weltruhm mit eroberten.

Charles Chaplin in „The Pilgrim“

(Der Pilger) und

Feine Leute

B.-Z. am Mittag schreibt: „Endlich wieder Chaplin! Endlich wieder Stunden des ungeprüften Genusses, endlich wieder ein Abend, an dem man aus vollem Herzen lachen kann! Und man bog sich vor Vergnügen, hielt sich die Seiten und lachte Tränen.“

Außerdem der Sensations-Wild West-Film

Rivalen in Alaska

Ein Großfilm aus dem Leben der Pelzjäger Kanadas und Alaskas.

Nach der Kinovorstellung am 2. Feiertag:

Ballmusik (Tanzen frei)

Schützenhaus

Osterprogramm

1. Feiertag nachmittags: **Kaffee-Konzert**
abends ^{halb} 9 Uhr: **Große Filmpremiere**

Der grandiose Prunkfilm, der schönste des Jahres. Ein Riesenerfolg des Leipziger Capitol



Der Günstling

von

Schönbrunn

Die Liebesaffäre des Baron Trenk

Hauptrolle: **Lil Dagover**
Ivan Petrovich

gefeyerte Lieblinge des Publikums.

Dieser Film in jeder Hinsicht eine
Glanzleistung, fesselnd von Anfang
bis Ende, ein Triumph des deutschen
Films, ein Kunstwerk, ein Meisterstück

Hierzu das glänzende Beiprogramm

am 2. Feiertag, ab 4 Uhr: **Grosser Festball**

Unsere Hauskapelle macht Stimmung wie immer

Spielkarten

empfehl't **Richard Arnold**

Allen Freunden und Bekannten für Blumen- und Kartengrüße zur Einsegnung meiner Tochter Eva danke herzlichst

Fr. Helene Möller

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten bei der Einsegnung meiner Tochter Johanna sage ich hiermit allen meinen innigsten Dank

Lina Krause

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Liesbeth sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Alfred Nicolaus u. Frau

Für die überaus zahlreichen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Dora danken wir herzlich

Ernst Klinge und Frau

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation ihres Sohnes Willy sagen auf diesem Wege herzlichsten Dank

Wilhelm Schmidt u. Frau

Für die uns aus Anlaß der Konfirmation unserer Tochter Charlotte zuteil gewordenen Glückwünsche und Geschenke sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Otto Meißner und Frau
Netta

Freundschaftsbund Gnieß

Am 1. Osterfeiertag nachmittags auf der Kolonie

Preisschießen und Kegeln

Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu freundlichst eingeladen

Der Vorstand

Radfahrerverein Wanderlust

Gaditz

Am 2. Osterfeiertag, von nachmittags 2 Uhr an im
Vormannischen Lokale

Preisschießen und Kegeln

wozu wir hierdurch freundlichst einladen

Der Vorstand



200 ccm, wenig gefahren, in sehr gutem Zustand, billig zu verkaufen

Roeder, Bergwitz

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter
Hildegard
sagen wir unsern herzlichsten Dank.

Alfred Bachmann und Frau

Kemberg, Palmarum 1931.

Für die uns anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Ernst zuteil gewordenen Glückwünsche und Geschenke danken wir herzlich.

E. Wiedicke u. Frau

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Wilhelm danken wir herzlich.

Wilhelm Eieder und Frau
Merzwig

Für die uns zur Konfirmation unserer Tochter Hedwig dargebrachten zahlreichen Gratulationen und Geschenke sagen wir unsern herzlichsten Dank

Ernst Steinig und Frau
Gnieß

Für die freundlichen Aufmerksamkeiten, welche uns anlässlich der Einsegnung unserer Tochter Elisabeth zuteil wurden, danken wir herzlich

Wilhelm Springer u. Frau
Bjohsewitz, Palmarum 1931

Donnerstag, den 2. April 1931.

Curtius gegen Briands Vorwürfe.

Er wird im Reichstag ausführlich antworten.

Wien, 31. März.

Die „Wiener Sonn- und Montagzeitung“ veröffentlicht ein Gespräch mit dem Reichsaussenminister Dr. Curtius über seine Auffassung der Rede Briands. Dr. Curtius kündigte an, er werde in einer Rede am Dienstag seinen Standpunkt in ausführlicher Weise darlegen und auf Briands Rede antworten. Es heißt dann weiter: Nichts hat uns ferner gelegen, als mit Feindschaften und Übertragungen vorzugehen oder gar eine Brandstiftung zu legen und Beunruhigung herbeizuführen.

Wir haben aus unseren Wünschen absolut kein Geheimnis gemacht und sind niemals als Friedensförderer aufgetreten, sondern sind im Gegenteil bestrebt, die Friedenspolitik auch mit diesem wirtschaftlichen Mittel fortzusetzen. Im übrigen ist es klar, daß wir die wirtschaftliche Seite des Abkommens zu erörtern haben, denn wirtschaftlich ist das Problem und nicht politisch. Von einer Verletzung der Protokolle und der Friedensverträge kann keine Rede sein.

Es liegt mir nichts ferner, als die europäische Zusammenarbeit nicht missgelingen oder gar zu führen. Gegen diesen Vorwurf bin ich gefeit, denn ich bin bemüht, alle Bestrebungen in diese Richtung hin zu lenken. Ich bedauere es außerordentlich, daß Minister Briand sich geäußert hat, daß wir den Weg des Friedens verlassen. Aber wir hoffen, daß es sich in kurzer Zeit herausstellen wird, daß wir in Wahrheit keine Friedensrhetorik sind.

„Daily Herald“ warnt Frankreich.

Zu dem deutsch-österreichischen Zollabkommen erklärt der englischen Regierung nahestehende arbeiterparteiliche „Daily Herald“, daß er auch solche Worte an Frankreich richten müsse, wie sie für die Schaffung des öffentlichen Rechtes in Europa und für die Autorität des Völkerbundes ein.

Die Politik Englands bestehe darin, durch geeignete und richtige Mittel die rechtliche Berechtigung der vorgeschlagenen österreichisch-deutschen Zollvereinbarung nachzuprüfen. Sollte sie sich als gefehlt herausstellen, so sei die Angelegenheit damit beendet, soweit England in Frage käme. Es komme gar nicht in Frage, daß England etwa Deutschland und Oesterreich an der Durchführung ihres Vorhabens hindern werde, sofern sich herausstellt, daß sie das Recht hierzu haben.

Auch eine vollständige Zusammenarbeit mit Frankreich der irgendeinem anderen Lande, das den anderen Staaten Europas kein Recht auferlegen sollte, komme nicht in Frage. Großbritanniens Lage liege für die Schaffung des öffentlichen Rechtes in Europa und für die Autorität des Völkerbundes ein.

Schöber ist zuversichtlich.

In einer Unterredung über die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungspläne erklärte Dr. Schöber u. a., Oesterreich und Deutschland hätten in genauer Beziehung paneuropäischer Ziele Richtlinien — nichts als Richtlinien — für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgestellt.

Eine so allgemeine Forderung könne doch nicht nur deshalb als bedrohlich angesehen werden, weil zwei Staaten deutscher Nationalität den ersten Schritt in dieser Richtung täten. Weder die Meißelbeschlagnahme noch das Genfer Protokoll würden dadurch berührt.

Man habe gefagt, ein Völkerbündnis eines großen mit einem kleinen Staat würde das europäische Gleichgewicht zerstören. Bei dem österreichisch-italienischen Freundschaftsvertrag sei ein ähnliches Größenverhältnis gegeben gewesen, ohne daß dadurch seinerzeit Befürchtungen solcher Art ausgelöst worden seien. Man müsse doch bedenken, daß der Vertrag vorerst nur drei Jahre gelten solle und daß durch seinen Abbruch völlige wirtschaftliche und politische Trennung geschähe. Von einer Gefährdung der österreichischen Unabhängigkeit sei keine Rede. Der Weg des österreichisch-deutschen Vertrages sei vorgezeichnet. Er, Schöber, sei zuversichtlich und glaube an einen Erfolg.

Das Echo der Henderson-Erklärung.

In Paris.

Die Erklärung Hendersons im Unterhaus findet in der Pariser Presse nicht die Zustimmung derjenigen Kreise, die eine energiegelbe Handlung gegen Deutschland und Oesterreich eingeleitet sehen möchten.

Berlinag wendet sich

in „Echo de Paris“

in scharfen Worten gegen den englischen Außenminister, dessen Erklärung er als sehr bedauerlich bezeichnet. Deutschland und Oesterreich wüßten nun, daß ihnen die wohlwollende Haltung Englands sicher sei, während Briand noch vor wichtigen Tagen den Mut besitzen habe, vor dem Senat zu betonen, daß die Haltung Englands absolut nicht als schwächlich bezeichnet werden dürfe. Der Völkerbundrat sei unfähig, zu einer einstimmigen Entschloßung zu gelangen.

Das linksgerichtete „Deuore“

glaubt an die Wirkung einer internationalen Aussprache vor dem Völkerbundrat. Der fragner Schicksalsentscheid werde im Hinblick daran anknüpfen, wenn der Beschluß des Völkerbunds nicht anerkannt werde. Das Blatt will im übrigen wissen, daß die ehemaligen alliierten Mächte einen neuen diplomatischen Schritt vorbereiten, um Berlin und Wien dahin zu bringen, dieses Verfahren anzuerkennen.

In London.

In einer kritischen Beleuchtung der Erklärungen Hendersons über das österreichisch-deutsche Abkommen stellt der diplomatische Korrespondent des

„Daily Telegraph“

fest, daß der englische Außenminister der Substanz des Abkommens keineswegs vorgreifen habe. Er habe vorrichtigerweise auch die Verträge von Versailles und Saint Germain nicht erwähnt, sondern sich nur auf gewisse Zweifel beschränkt, die sich aus dem Genfer Protokoll vom Jahre 1922 ergeben hätten. Man müsse berücksichtigen, daß Deutschland an sich rechtlich mit dem ganzen Fall dabei nichts zu tun habe, sondern es werde in seiner Eigenschaft als Ratmitglied voranschrittlich alles tun, was eine ungünstige Entscheidung gegen Oesterreich zu verhindern.

Die „Times“

hoffen, daß die ganze Erörterung jetzt einen etwas ruhigeren Ton annehmen wird, nachdem Henderson sich entschieden habe, die Angelegenheit vor den Völkerbundrat zu bringen. Da anschließend Deutschland die Rede Briands auch ziemlich ruhig aufgenommen habe, so könnten jetzt ruhigere Besprechungen beginnen.

Antwort aus Ausland.

Curtius vor dem Reichstag.

Berlin, 1. April.

Der Vollziehung des Reichstags lag man mit lebhafter Spannung entgegen. Die Verhandlungen fanden nicht in dem Reichstagsaal statt, sondern im Haushaltsausschuß des Reichstags, der mehrere hundert Personen faßt. Der Reichstag war nahezu vollständig verarmt. Den Verhandlungen wohnten auch viele Reichstagsabgeordnete bei. Zunächst wurden keine Vorlagen erledigt.

Reichsaussenminister Dr. Curtius

nahm dann das Wort, um auf die Angriffe wegen der deutsch-österreichischen Zollunion zu antworten. Der Außenminister hob hervor, daß das Vorgehen Deutschlands und Oesterreichs sich in dem Rahmen der gesamt-europäischen Kooperation bewege. Es liege in den internationalen Dispositionen der letzten Jahre anerkannt worden, daß die Wirtschaftsnote Europas auf seine Fertigstellung zurückzuführen sei.

Die Idee regionaler Verständigung und Zusammenschlüsse trete immer mehr in den Vordergrund.

Der Minister betonte den rein wirtschaftlichen Charakter des deutsch-österreichischen Planes und legte das im einzelnen dar. Zusammenfassend erklärte er: Wir wollen im Rahmen der geltenden Verträge mit möglicher Bestimmung unter beiden in schwerer Not befindlichen Ländern die Vorteile verschaffen, die sich aus der Erweiterung des Wirtschaftsgebietes ergeben. Wir wollen zugleich den Bemühungen um eine Neuorganisation der europäischen Wirtschaft einen neuen Impuls geben.

Es ist mit einer Genugtuung, feststellen zu können, daß diese unsere Ziele in der Welt weitgehendes Verständnis gefunden haben.

Wenn trotzdem der deutsch-österreichische Plan Erregung verursacht hat, so geben die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und Oesterreichs dazu keinen Anlaß. Ihre Verleumdung läßt sich nur dadurch erklären, daß man die ganze Angelegenheit ohne Grund und wirtschaftlichen auf das politische Terrain verdröben und mit politischen Zielen in Zusammenhang gebracht hat, mit denen sie nichts zu tun hat. Daß das deutsch-österreichische Vorgehen wirtschaftliche Fragen berührt, ist richtig, ist aber nicht zu verstehen.

Nicht verständlich erscheint es mit, aber, daß von einer Störung des guten Einvernehmens unter den Nationen oder wohl gar von einer Gefährdung des Friedens zu sprechen. Ich kann deshalb auch nicht zugeben, daß der deutsch-österreichische Plan zu einem Hemmnis für die Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres werden könnte.

Kein Land in der Welt ist an dem Frieden Europas und seinem gemeinsamen Wohlbefinden mehr interessiert als Deutschland und Oesterreich. Es im Denken sind wir uns stets bewußt, kein Land kann auch mehr als die den Wunsch haben, die Zusammenarbeit gefördert und schließlich zu Erfolg geführt zu sehen.

Wird der deutsch-österreichische Plan so verstanden und gewürdigt, wie er von den beiden Partnern gedacht ist, so wird sich, wie ich bestimmt hoffe, die Erkenntnis durchziehen, daß er sich in die allgemeinen europäischen Bestrebungen einordnet.“

Staatssekretär Dr. Weismann brachte zum Ausdruck, daß dieser Sitzungsperiode der Art unter dem Maß hat, was bisher. Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichsrat als Vertreter der Länderregierung ein besonderes Gepräge gegeben habe. Daher sei er ausersehen worden, wichtige Erklärungen entgegenzunehmen.

Der Vertreter der bayerischen Staatsregierung hob das große finanzielle Interesse der Gemeinden hervor und stellte den Eventualantrag, die allgemeine Begründung — wenn sie keine Mehrheit finde — darauf zu beschränken, daß nicht mitten im Haushaltsjahr die Einföhrung erfolgen könne, sondern erst ab 1. April 1932. Die Stimmen Württembergs und Hamburgs wurde eine Verordnung über die Veränderung der Berufsbezeichnung „Baumeister“ angenommen. Bisher war die Verleihung dieser Berufsbezeichnung Sache der Länder. Die Neuordnung geht dahin, daß die Verleihung der Berufsbezeichnung „Baumeister“ grundsätzlich von besonderen Prüfungen abhängen soll.

Genf ist aufzubrechen.

Der Einbruch der Curtiusrede.

Man erklärt im Völkerbundssekretariat, daß die bis jetzt vorliegenden Auszüge aus der Rede des Außenministers im Reichsrat einen befriedigenden Eindruck hinterließen.

Die Ausführungen des Außenministers haben auch bei den höchsten maßgebenden Stellen den Eindruck noch verstärkt, daß Deutschland unter keinen Umständen auf der kommenden Tagung des Völkerbundsrats eine Erörterung der deutsch-österreichischen Vereinbarungen unter politischen Gesichtspunkten zulassen wird.

Man nimmt an, daß Dr. Curtius, den am 18. Mai zur Ratstagung vermittelten europäischen Außenministern die wirtschaftliche Lage schildern wird, die für Deutschland und Oesterreich entland, nachdem alle Bemühungen des Völkerbunds auf Abbau der Bille gescheitert waren.

Opposition und Notverordnung

Einberufung des Reichstags gefordert.

Mürnberg, 31. März

Die Vertreter der dem Reichstag ferngeliebten Parteien hielten in Nürnberg eine Tagung ab. Es wurde eine Entschloßung angenommen, in der es heißt: Die mit dem Auszug der nationalen Opposition aus dem Reichstag angetretenen Ziele sind ihre Verwirklichung nähergebracht. Eine an sich brüchige, nur durch Wohlwollt zumammengehaltene Mehrheit hat mit der Vertagung des Rumpiparlaments

den Bemehls erbracht, daß das sogenannte Frontkämpferkabinett Stellung sich in formaler freigelegter Abhängigkeit von der Sozialdemokratie befindet. Argwöhnliche Aufarbeitung im Sinne der vorjährigen Osterbotschaft Hindenburgs ist nicht geleistet worden.

Die nationale Opposition wendet sich mit Entschloßtheit gegen die neue Notverordnung, durch die wesentliche Grundrechte der Verfassung außer Kraft gesetzt werden. Sie wird die Einberufung des Reichstags fordern und sie wird auch in den Ländern die zur Aufrechterhaltung ihrer von der Verordnung verletzten Souveränität gebotenen Schritte tun. Von dem Herrn Reichspräsidenten wird erwartet, daß er sich nicht länger von den Parteien einseitig unterrichten läßt, die ihn ursprünglich betraut und zum Teil geschmäht haben, sondern daß er auch die Vertreter der nationalen Opposition hört, hinter denen die Mehrheit seiner ehemaligen Wähler steht. Die von ihm unterzeichnete Verordnung in ihren Urhebern nicht nur zur Abwehr der Propaganda der Gottlosen bestimmt, sie ist offensichtlich gegen die besten aufbauenden Kräfte der Nation gerichtet und soll dem Stahtheld-Volksbegehren Vöbruch tun. Die zersetzende Tätigkeit der Gottlosen und der übrigen christenfeindlichen und landesverräterischen Organisationen muß durch ihn unterbunden werden.

Kann der Herr Reichspräsident die Aufhebung der Notverordnung bei der Reichsregierung nicht durchsetzen, so fordert die nationale Opposition, daß er sich von seinen gegenwärtigen Beratern trennt.

Die Meinung in Regierungskreisen.

Ein Antrag der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten zur schleunigen Wiederberufung des Reichstags wird in den der Reichsregierung nahestehenden politischen Kreisen als aussichtslos angesehen. Da der Reichstag sich am Donnerstag auf den 13. Oktober vertagt hat, mißte der Antrag der Reichsopposition im Weltneinstande eine Mehrheit finden, falls das Parlament vorher einberufen werden sollte. Die Unterdrückung des kommunalistischen Elementes im Reichsrat reicht aber zur Herbeiführung dieser Mehrheit nicht aus. Mit einer völksparteilichen Unterdrückung kann deshalb nicht gerechnet werden, da die Deutsche Volkspartei besonders entschieden auf einer längeren Parlamentspause bestanden hat.

Kommunisten fordern Aufhebung.

Die kommunistische Reichstagsfraktion mittelst, hat sie einen Antrag auf sofortige Aufhebung der Notverordnung vom 28. März 1931 eingebracht und in einer Interpellation die Stellungnahme der Regierung gefordert. Ferner hat der Abgeordnete Stoedter im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion vom Reichspräsidenten die sofortige Einberufung des Reichstags gefordert und im Falle der Ablehnung die Entschloßung durch den Reichspräsidenten die sofortige Einberufung des Reichstags beantragt.

D. V. P. Thüringens zur Lage.

Die Deutsche Volkspartei Thüringens gibt eine Erklärung heraus, in der darauf hingewiesen wird, daß diese Verordnung, durch die das Recht der politischen Lebens in Deutschland gehoben werden solle, in einer Parallele stehe mit dem Abwehrkampf, den die Deutsche Volkspartei in Thüringen gegen die Verwilderung der politischen Sitten aufgenommen habe.

Die Tatsache, daß die heftigste Wirkung der Notverordnung ganz und gar von einer gerechten politischen Handhabung abhängt, weise in Thüringen gebietlich auf eine Neubewertung des Innenministeriums hin. Es sei eine allgemeine Entscheidung, und auch die Erfahrungen in Thüringen hätten es gezeigt, daß ein extremer Parteiangehöriger Minister ein solches Maß von Unabhängigkeit vom Geiste seiner Partei nicht aufbringen könne, daß seine Entscheidungen als objektiv und überparteilich anerkannt werden könnten.

Die Absicht der Volkspartei, den nationalsozialistischen Einfluss in der Landesregierung auszuweichen, könne durch den Erlaß der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausdrucksformen nur verstärkt werden.

Reichs- und Bayernregierung.

Antwort auf eine Kritik.

Berlin, 1. April

Amlich wird mitgeteilt: Gegenüber einer amtlichen Münchener Erklärung zu einer Mitteilung aus Kreisen des Reichsministeriums des Innern zu einer Rede des bayerischen Justizministers Girmar auf dem deutschnationalen Parteitag in Nürnberg ist folgendes festzustellen:

Die Grundgedanken, die in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 vermitlicht wurden, sind in der Konferenz der Innenminister der Länder eingehend erörtert worden. Am Anluß an die Konferenz hatte am Nachmittag des 18. März, dem Tage der Konferenz, der Reichsminister des Innern Dr. Brüch unter Zurückziehung des Staatssekretärs Zweigert eine Bepredung mit dem bayerischen Innenminister Stübel. Bei dieser Gelegenheit ist der vorläufige Entwurf der Verordnung in allen Einzelheiten durchgesprochen worden.

Auf Grund dieser Aussprache hat die bayerische Regierung schriftlich und mündlich Änderungsünsche geäußert, die, soweit sie die Regelung der Zuständigkeit betreffen, voll und nach der materiellen Seite im Rahmen des Möglichen bis zum ähertsten berücksichtigt wurden.

Schließlich hat der Reichsminister der bayerischen Ministerpräsidenten über den Erlaß der Notverordnung vor ihrer Veröffentlichung unterrichtet und ihm die Gründe mitgeteilt, weshalb der Erlaß der Notverordnung nicht länger hinausgeschoben und ein Teil der von Minister Stübel geäußerten Wünsche nicht erfüllt werden konnte.

Den in der Konferenz der Innenminister geäußerten Wünschen des bayerischen Innenministers Stübel auf Kennzeichnung und Verprägung des endgültigen Textes konnte der Reichsminister des Innern aus grundsätzlichen Erwägungen in Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten, um der Entschloßung des Reichspräsidenten nicht vorzugreifen, nicht entsprechen.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

liefert frei Haus

Richard Arnold.

Leistungen der Invalidenversicherung.

Bericht über das Jahr 1930.

Berlin, 1. April.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichsarbeitsamtes für das Jahr 1930 sind besonders interessant die Angaben über die laufenden Renten in der Invalidenversicherung. Es liefen am 1. Januar 1931 insgesamt 2 162 711 Invalidenrenten, 19 374 Krankenrenten, 45 379 Altersrenten, 639 856 Witwen- und (Witwer-)Renten, 2209 Witwen-Krankenrenten und 648 866 Waisenrenten. Die Ausgaben für Invalidenrenten im Jahre 1930 betrugen 952 897 000 RM., für Krankenrenten 172 000 000 RM., für Altersrenten 19 183 000 RM., für Witwenrenten 171 468 000 RM., für Waisenrenten 127 940 000 RM. Dazu kommen dann noch rund 21 Millionen RM. für Steigerungsbeträge für Waisenversicherung, 93 Millionen RM. für Vorkosten, 2 Millionen RM. für Invaliden-Hauspflege, eine halbe Million für Waisenhauspflege und 3 Millionen RM. für sonstige Mehrlieferungen.

Insgesamt betrugen die Leistungen der Invalidenversicherung 1939 Millionen RM., wovon ungefähr 1000 Millionen RM. durch die Versicherungsträger, der Rest durch das Reich gedeckt wurden. Die Einnahmen aus Beiträgen betrugen rund 875 Millionen RM. Das reine Vermögen stellte sich Ende 1930 auf 1634 Millionen RM.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen.

Ausführungsbefimmungen zur Notverordnung.

Berlin, 31. März.

Die Notverordnung vom Dezember enthält in dem von der Wohnungswirtschaft handelnden Teil ein Kapitel, das kurzweg Gemeinnützigkeitsordnung heißt und von der Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen handelt. Zu dieser Verordnung hat jetzt der Reichsarbeitsminister eine Ausführungsverordnung erlassen, die die Vorschriften der Notverordnung in beträchtlicher Maße präzisiert. Von besonderem Interesse ist die Definition des Begriffes „Reinwohnung“. Hierüber heißt es im wesentlichen:

Als Kleinwohnungen, deren Bau nach der Gemeinnützigkeitsverordnung zugelassen ist, gelten solche Wohnungen, die eine nutzbare Wohnfläche von höchstens 90 Quadratmetern haben, wobei als nutzbare Wohnfläche nur die Wohn- und Schlafräume und die Küche gelten und die Nebenräume in örtlichen Grenzen bleiben.

Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse (insbesondere bei Fluchtorten auf dem Lande) können auch Wohnungen, deren nutzbare Wohnfläche über die oben genannten Grenzen hinausgeht, aus anderen Gesichtspunkten als Kleinwohnungen angesehen werden. Ueber

die Berechnung der Mieten

heißt es in den Ausführungsbestimmungen: Die Mieten dürfen nicht höher, aber auch nicht niedriger angesetzt werden, als es die Aufwendungen für Verzinsung des zum Grunderwerb und zum Bau der Häuser aufgewendeten Kapitals, für eine der üblichen Tilgung des Kaufpreises entsprechende Abschreibung von Baunwert sowie für Verwaltung und Instandhaltung erfordert.

Vermahlungszwang für Weizen 50 Prozent.

Da der Grund der Vorkriegsproduktion von In- und Auslandsworten ein fastes Zurück vorhanden gewesen ist, über die gesetzliche vorgeschriebene Vermahlungszwang hinaus Inlandweizen zu vermahlen, dürfen die Weizen aus Inlandweizen stärker gemahlen sein, als sich dies rechtmäßig auf Grund der Ausmahlungszwang ergeben würde.

Um die möglichst stetige Handhabung des Vermahlungszwangs bis zum Schluss des Wirtschaftsjahres zu sichern, hat der Reichsarbeitsminister von seiner Verfügung, den Vermahlungszwang zu lockern, Gebrauch gemacht und die Quote für die Monate April und Mai 1931 von 65 auf je 50 Prozent herabgesetzt.

Rylov wieder in Gnaden aufgenommen.

Das Präsidium des Volksgesundheitsrates der Sowjetunion hat den ehemaligen Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Rylov, zum Volkskommissar für Post und Telegraphen ernannt. Rylov hat sich bereit erklärt, sofort sein Amt anzutreten. Die Wiederaufnahme Rylovs in den Rat der Volkskommissare ist dazu zurückzuführen, daß Rylov in der organischen Phase der Parteiliste eine Demonstration übernahm, in der er seine politischen Fehler bestritt und sich in jeder Weise den Beschlüssen des letzten Parteikongresses unterwarf.

UNSICHTBARE FESSELN

Roman von Jos. Schade-Hädicke

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Einen Augenblick sah Maria wie betäubt. Sie spürte alles Blut zum Herzen strömen; in den Ohren lautete es und dunkel wurde es vor ihren Augen. Sie wollte aufspringen, schloß die Augen aber wie gelähmt und an ihren Sitz festgebunden.

Als sie wieder zu sich kam, war der Landrat zurückgekehrt und stand in der geöffneten Tür, die zur Veranda führte.

„Es fängt an, dunkel zu werden“, sagte er ruhig und schaute in den Garten hinab.

Maria sah ihn zu ihm hinüber. Sein Gesicht hatte den gewohnten Ausdruck, nur die Stirn schien leicht gerötet. Pflöglig handelte sie im Zimmer. Er mußte sie wohl kommen gehört haben.

„Ist hier noch im Dunkeln?“ fragte sie und es schien dem jungen Mädchen, als ob sie nichttraulich von einem zum anderen liege.

Bei der Wendung ging es schweißkalt her als gewöhnlich. Der Landrat schloß sich ab, ein Gespräch in Gang zu halten, jedoch mit höchstem Erfolg. Maria hielt hartnäckig ihre Augen auf den Teller gefest. Sie hatte ein paar mal kurze Antworten gegeben, doch jetzt ihre Stimme lo, daß sie es nicht wagte, mehr zu sprechen. Sie schien in schlechter Laune. Sie stockerte ohne Appetit auf dem Teller herum und gab ihrem Gatten auf direkt an sie gerichtete Fragen ungesagte Antworten, so daß er zuletzt schwieg.

Maria schloß die Augen für ununterbrochen auf ihr ruhete, und sie wagte nicht aufzusehen. Endlich sah sie die Tafel auf.

Die junge Frau gabte ein paar mal vernünftige, dann sagte sie: „Ich bin müde und werde schlafen gehen. Dann kommt ja noch Bekommen bleiben.“

„Ich gehe mit dir“, sagte Maria hastig.

Von Nah und Fern.

Halle. Vermindert der Strafe. Der frühere Leiter des Arbeitsamtes Ciesleben, Regierungsrat a. D. August Winkler, der von der Großen Strafkammer Halle zu zwei Jahren Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, hatte dieses Urteil in Revision eingelegt. Die Revision hinsichtlich der Begünstigung wurde für stattlos erklärt. Das Reichsgericht verwies die Sache zu neuer Verhandlung an die Strafkammer zurück. Diese hob ihr Urteil auf und sprach Winkler von der Anklage der Begünstigung frei. Für die übrigen Straftaten (Unreue, Betrug, Amtsunterschlagung und Zerstörung zur Untreue) setzte die Strafkammer die Gesamtschuld herab auf ein Jahr zehn Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

Stahlfahrt. 40 Stunden mehr? — Die Stahlverordnungen haben auf einen Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten den Magistrat aufgefordert, eine Vorlage zu unterbreiten, die die 40-Stundenwoche in den städtischen Bureaus ohne Lohnabzug bewirkt. Diese Maßnahme soll zur Steuerung der großen Arbeitslosigkeit beitragen.

Wirtschaftspartei und Notverordnung. Wenigerode. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei ist für den 17. April nach Wenigerode einberufen worden, um zu der Notverordnung gegen den Radikalismus und damit gleichzeitig zu der Frage der Einberufung des Reichstages Stellung zu nehmen.

Halberstadt. Von der Drillmaschine erfährt. In Langenheine geriet ein Soffenwalter, nachdem die Werke schon geschlossen waren, unter die Drillmaschine und erlitt schwere Verletzungen. Der Geschirrführer, der das Gespinn aufhalten wollte, wurde durch Hufschläge schwer verletzt. Die beiden Verunglückten mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Leide des Vermittlers gefunden. Wehrstabs b. Halberstadt. Seit Mitte September hatte man einen Gutsbesitzer aus Halberstadt umgegend vermißt. Jetzt fand man seine Leiche beim Abtragen eines Strohdickens auf der Flur beim Dorf Wehrstabs. Die gerichtsarztliche Untersuchung ergab, daß der Gutsbesitzer u. a. erstickt ist. Der Grund hierzu soll in schlechten Wirtschaftsverhältnissen zu suchen sein.

Schwanebeck (Huy). Ein tödlicher Motorradunfall ereignete sich zwischen Groß Dackstedt und Schwanebeck. Dort fuhr ein Motorradfahrer mit seiner Maschine gegen einen Baum und wurde dabei so schwer verletzt, daß er bereits am Todestrand lag, als der Halberstädter Krankenhaus starb.

Erfurt. Die Erfurter Bäder hatten den Brotpreis von 65 auf 72 Pfennige je Bierpund erhöht. Jetzt hat der Vorstand der Bäderinnung beschlossen, den Preis mit Wirkung ab 1. April wieder auf 68 Pfennige herabzusetzen. Der neue Preis werde aber nur gehalten werden können, wenn in den nächsten Wochen eine sichtbare Senkung des Mehlpreises eintreffe.

Das Feuerlöschwesen auf dem Lande.

Salswedel. Der Schulzenrat des Kreises Salswedel, der sehr gut beschickt war, beschloß sich vor allem mit dem Feuerlöschwesen zu beschäftigen. Der Direktor K. a. b. u. n. d. v. von der Landesfeuerlöschanstalt Magdeburg hielt einen instruktiven Vortrag über „Das Feuerlöschwesen unter besonderer Berücksichtigung der Wasserverhältnisse“ und wies dabei auch auf den Brandvermeidungsgehalt hin, der im April in Salswedel abgehalten werden wird und der u. a. gute Richtlinien auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens geben wird. Von dem Direktor K. a. b. u. n. d. v. wurde die Landesfeuerlöschanstalt für die Anschaffung von Handdruckspritzpumpen beauftragt, die nicht mehr gemehrt werden soll. Das sei um so schlechter, weil es namentlich den kleineren Gemeinden zur Zeit an den nötigen Mitteln fehle, sich eine Motorpumpe anzuschaffen.

Gegen die Verwilderung der Jugend.

Magdeburg. Auf der Tagung des Sächsischen Provinziallehrerinnen-Vereins in Magdeburg hielt Frau Professor Dr. Lohmann von der Kadogastischen Akademie in Halle einen Vortrag über „Verwilderung der Jugend und die Schule“. Sie beleuchtete eingehend die Ursachen, die zur Verwilderung der weiblichen Jugend führen müssen. Am der Verwilderung entgegenzuwirken, sei die Zusammenarbeit von Schule und Wohlfahrtsvereinen erforderlich. Eine Zusammenarbeit von Schule und Wohlfahrt und privater Hilfe müsse den Kampf gegen die Entwilderung aufnehmen, unter denen namentlich das proletarische Kind außerordentlich leide.

„Nein, ich möchte lieber allein sein!“ entgegnete sie hartnäckig. „Du gehst ja sonst auch nicht so früh zu Bett.“

Maria war blaß geworden. Sie sah stehend zu Werner hinüber. Einen Augenblick durchnah sie eine wilde Freude; dann aber lagte er, einer ritierlichen Regung nachgebend: „Für heute muß ich das gnädige Fräulein bitten, mich zu entschuldigen; ich habe noch dringende Arbeiten. Wenn ich einen Teil der Nachtstunden opfern muß.“

Ein Gesicht der Dankbarkeit wollte in Maria auf und nahm die Betenungsbewegung von ihr, die bisher wie ein Mann auf ihr gelegen hatte. Sie brachte es über sich, ihm zum Gutenachtsgrüße die Hand zu reichen und einige höfliche Worte mit ihm zu tauschen.

„Warum bist du denn nicht bei ihm gelieben?“ fragte sie, nachdem die Damen schweigend zu ihren Zimmern hinaufgeklommen waren.

„Du wirst ja, daß dein Mann zu arbeiten hat und meine Beschäftigung gar nicht brauchen konnte“, sagte Maria mit einem schwachen Lächeln zu scherzen.

„Ach, was das doch nur eine Ausrede, weil er sah, daß du nicht mit ihm zusammenbleiben wolltest.“

Das junge Mädchen sah die Sprecherin erstarrt an.

„Ja, ja“, fuhr sie plötzlich fort, „denkst du denn, ich bin so dumm, daß ich gar nicht bemerkte, was um mich herum vorgeht? Für dich hat mein Mann immer Zeit!“

„Ne!“

„Oh, ich bin nicht eifersüchtig. Ich sehe es ja auch selbst ein, daß ihr viel besser zueinander paßt, als Felix und ich. Wir drei kann er alles beschreiben, du verstehst ihn immer. Du bist launisch und nachgiebig, um mich ist er nicht mit deinen Leuten quälend. Wenn ich auch Platz machen soll, lag's nur.“

Mit aufgerissenen Augen starrte Maria die junge Frau an, die alle diese Ungeheuerlichkeiten mit lächelnder Lippe und leicht spöttischem Tone herausplapperte. Sie war totenblaß geworden und ihre Stimme klang rau und heiser, als sie, auf sie zutretend, erwiderte: „Wenn du so denkst, ist es besser, ich verlasse eher Hans noch in dieser Stunde. Wenn ich mich beeile, kann ich den Abendzug noch erreichen.“

Das Opfer seiner Sammlerleidenschaft?

Hoym (R. Ballenstedt). Der Arzt Dr. Erwin Schulze, der seine Wohnung zu einem Spaziergehen verlassen hatte, wurde am nächsten Tage in der Nähe der Fraubornmühle im Mühlgraben tot aufgefunden. Man nimmt an, daß Dr. Schulze, der nebenbei noch begabter Botaniker war, bei der Untersuchung einer Pflanze in den Gräben gerutscht ist.

Köthen. Das Kinderheim wird verkleinert. Die anhaltische Regierung hatte sogar die vollständige Schließung gefordert, um die hierfür erforderlichen Ausgaben einzusparen. Man einigte sich jedoch darauf, die Zahl der Pflegerinnen von 50 auf 30 zu beschränken und das hierdurch entbehrlich gewordene Personal zu entlassen.

Leipzig. Der Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen hielt hier seine zweitägige Reichstagung ab. Von den 21. Reden wurde eine geheime Durchsicht nach der Sachlage der „Friedrichshagen“ dem Tagungsort, festgesetzt. Man vermutete ein Attentat und verständigte die Polizei. Das Polizeipräsidium nahm sofort die Ermittlungen auf. Die Annahme, daß die Leitung einem Sprengstoffattentat dienen sollte, bestätigte sich nicht. Es wurde vielmehr festgestellt, daß an der Drahtleitung, die von einem Nachbargrundstück nach dem Saal führte, unter der Dähne eine radioartige Anlage angebracht war. Es wurden in dem Nachbargrundstück drei Personen ermittelt, die als Mitglieder des Reichsbanners ausgaben und zugaben, daß sie durch die Radioanlage den Verlauf der Tagung hätten abhören wollen.

Leipzig. Untersuchungen? — Bei einer unvernünftigen Revision der Kasse der städtischen Theater wurde ein Fehlbetrag festgestellt, über dessen Höhe noch nichts Definitives gesagt werden kann. Der Hauptkassierer konnte keine Aufklärung über das Verbleiben der Summe, was der Kassenkontrolleur wurden unter dem Verdacht, Untersuchungen begangen zu haben, in Haft genommen.

April — April!

„April, April — zum Narren kann man halten, wenn man will!“ Unter diesem Motto leisten sich alle Menschen, die keine Freunde von Traurigkeit sind, am 1. April die kuriosen Scherze und Anstrengungen. Jeder einzelne wird angeflirtet und selbst noch ich am 31. März noch mit dem Bewußtsein zu Bett gelegt hat: „Morgen ist der 1. April!“ — er fällt am Morgen prompt auf den Scherz hinein, den sich irgendein guter Freund für ihn ausgedacht hat.

Man weiß nicht mit Bestimmtheit zu sagen, warum die Menschen gerade darauf verfallen, sich am 1. April anzulassen, aber man nimmt an, daß dieser Brauch in irgendeiner Form mit dem Wetter zusammenhängt. Das Wetter ist bekanntlich im April sehr unbeständig, und daher rührt auch der Ausspruch: „Der April macht es, wie er's will!“ So machen es denn auch die Menschen, wie es wollen, je nachdem sie Menschen wähllos an, genau so, wie das Wetter uns anflirtet.

Es ist ja üblich, wenn ein Mensch darauf schwört, am 1. April nicht hereinzuwollen, und er fällt nachher doch herein. Ich habe eine Berliner Schauspielerinnen erzählt, die sie Charlie Chaplin gratulieren müsse, weil dieser Ritter der Ehrenlegion geworden sei. Was hat sie geantwortet: „Auf solche Aprilscherze falle ich nicht herein!“ Nun ist es aber doch heringefallen, denn Chaplin ist tatsächlich Ritter der Ehrenlegion geworden.

Die Reichsregierung hat festgestellt, daß der Preisabbau nicht seinen Erfolg gehabt hat, wie er gedacht war. Eine Notverordnung des Reichstagslagers auf Grund des Art. 48 steht darum unmittelbar bevor, wonach sämtliche Lebensmittel um 30 Prozent zu senken sind. Außerdem soll in einigen Orten Deutschland die Schanzensteuer ausfallen auf Eiswaffen und Bonbons ausgedehnt werden, weil sich diese während des Genusses im Gaumen verflüchtigen. Außerdem steht eine neue Steuer unmittelbar bevor, die Kraftfahrzeugsteuer genannt. Alle Fahrräder sollen monatlich 1 Rm. Steuer, solche mit Freilauf-Motoren 2 Rm., die mit neuen Kraftwerken, solche mit Motor und Zylindermechanik fünfzig nur noch dann gestattet ist, wenn der Fahrer mindestens ein paar Schritten oder einige Stöße schloß mit sich führt. Da auch Holenträger und Viehtreier vielfach als Viehwagen benutzt werden, dürfen Herrenbesitzer nach dem 1. Mai nur noch mit Gummigummi getragen werden.

So erkennen wir mit dem 1. April überall nur Fortschritt, Fortschritt auf der ganzen Linie. Und wenn Sie etwa daran gewöhnt haben sollten, dann gehen Sie zu Ihrem besten Freund und fragen Sie selbst, ob es wahr ist!

Sie wandte sich um und ging in ihr Zimmer hinüber. Sie, die es sich ihrer Gewohnheit nach auf der Chaiselongue bequem gemacht hatte, sah der Freundin ungläubig nach. Ein paar Minuten blieb sie liegen und horchte nach dem Nebenzimmer hinüber, von wo sie Maria häufig hin und her eilen und Schreie und Scheltworten hören hörte. Eine heftige Unruhe befiel sie und sie schloß anstandslos nach der Tür hinüber. Endlich fand sie keine auf, um der Freundin nachzugehen, als diese wieder zu ihr ins Zimmer trat, mit Mantel und Hut bekleidet und eine kleine Reisetasche in der Hand.

„Ich habe mir nur die notwendigen Sachen mitgenommen“, sagte das junge Mädchen leise, „du wirst wohl so gut, mir das andere nachzulenden, sobald ich dir meine Adresse geschickt habe.“

„Oh, Maria, was habe ich denn getan? Ich bin ja von Sinnen gewesen! Du darfst nicht von mir forziehen — du darfst nicht!“

Traurig sah Maria auf das junge Gesicht nieder, das weinend an ihrem Hals hing, und streichelte ihm beruhigend die dunkelblonden Haare.

„Es ist besser, wenn ich gehe, lieblich; besser für uns alle. Habe Dank für deine Gastfreundschaft und denke manchen an mich.“

„Nein, ich lasse dich nicht fort! Du darfst nicht gehen!“ wiederholte sie frampfhaft schreiend. „Das ist ja alles dummes Zeug was ich gesagt habe. Warum nimmst du denn alles so ernst, was ich ich rede; die anderen tun es ja auch nicht.“

„Du mußt bei mir bleiben; ich sterbe, wenn du gehst! Ich habe ja keinen sonst, der mich versteht und mich lieb hat“, flehte sie, und sie, als würde sie sich, es auszuspüren, leckte sie dann: „Nur ein paar Worte von deinem Leben opfere mir; denn ist es ja doch mit mir zu Ende.“

Es war das erdennend, daß sie eine Umbeutung machte, daß ihr das schredliche Schicksal, das ihrer harnte, bekannt war.

(Fortsetzung folgt.)

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Mittwochs-Unterhaltungsblatt". Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streich usw. verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Anzeigen, zusätzlich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 40

Donnerstag, den 2. April 1931

33. Jahrg.

Nach rückständige

Kirchensteuer und Kirchgeld

für das am 31. März d. J. abgelaufene Rechnungsjahr sind nun umgehend zu zahlen, ebenso die fällige **Pacht** für Pfarrfeld und Grünfläche, sowie die Kammer- und landwirtschaftlichen Unfallbeiträge

Der Gemeindefiskusrat

Ungünstige Bilanz.

Nachdem schon Gerüchte von einem erneuten Mißhandlungsfall des Reiches durchgedrungen waren, kann es nicht überraschen, daß die diesjährigen Haushalte des Reichs, der Länder und der Gemeinden, die am 31. März endigen, samt und sonders eine überaus gefährliche Lage erkennen lassen. Das Haushaltsjahr 1930 war das Jahr des Katastrophes, ohne Aufnahme neuer Anleihen die Reparationsleistungen zu erfüllen. Das Ergebnis kommt nicht nur in den Arbeitslosenfiguren, sondern auch in den öffentlichen Haushalten zum Ausdruck. Im Reich sind im Laufe des Haushaltsjahres 1930 Steuererhöhungen einseitig durch Heraushebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mit einem Voranschlag von rund 3,5 Milliarden Rm. durchgeführt worden mit dem Erfolge, daß gegen den Rückgang des Produktionsumfanges um mindestens 15 % gegenüber 1929 das gesamte Steueraufkommen nur um rund 3 % zurückgeblieben ist. Trotz der Verschlechterung der Wirtschaftslage ist also, gemessen am Produktionsumfange, eine erhebliche Steuermehrbelastung zu verzeichnen gewesen. Trotzdem wird das Reich seinen Haushalt am 31. März mit einem Gesamtschuldbetrag von mindestens 1,6 Milliarden Rm. ein schließlich des aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrages, aber ohne die schwebende Schuld von 1,8 bis 2 Milliarden Rm. abzuführen. Der Fehlbetrag ist um rund 500 Millionen höher als der Betrag, den der Reichsfinanzminister noch Ende Januar angegeben hat.

Positive Vorschläge für die reiflose Deckung dieses Betrages sind bisher noch nicht gemacht worden. Dabei sollen einerseits neue Steuern nicht eingeführt werden, andererseits soll aber auch die Ausgabenseite des nächsten Haushalts auf der Grundlage des jetzigen Voranschlages aufrecht erhalten bleiben. Bei den Ländern liegen die Verhältnisse befriedigender als im Reich. Geradezu verzweifelt ist dagegen die Situation bei den Gemeinden. Man rechnet bei ihnen mit einem Gesamtschuldbetrag von rund 600 Millionen Rm. In fast allen Städten sind die Schwierigkeiten sehr groß. Berlin plant neben einem Gehaltsabbau eine Herunterführung für mehr als 40 000 Beamte; Gien will bei seinen Beamten eine Zwangsanleihe aufnehmen; Hannover müßte zum Ausgleich seines Fehlbetrages seine Bürgersteuer verneinigen; Breslau will auswärtigen unbemittelten Personen den Zugang sperren usw. Manche Städte sind bereits offen subventioniert worden. Andere Städte helfen sich selber, indem sie einfach Hauszinsen, Grundvermögenssteuer usw. nicht abführen. In diese Situation sind die Städte nicht nur hineingeraten durch die hohen Aufwendungen für die kommunalen Wohlfahrtslasten, sondern vor allem auch durch die völlige Außerachtlassung der Notwendigkeit der Schaffung flüssiger Reserven, trotzdem noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit unter Nichtachtung entgegengelegter Vorrichtungen die Realisationspläne in vielen Gemeinden nicht unerheblich heraufgehoben worden sind.

Der Verlauf des künftigen Haushaltsjahres wird von der konjunkturellen Entwicklung der Steuereinnahmen und des Aufwandes für die Arbeitslosenfürsorge abhängen, da unbegreiflicherweise die Ausgabenpositionen fast überall hart geblieben sind. Besonders konjunkturempfindlich sind die veranlagte Einkommensteuer sowie die Körperschafts- und die Vermögenssteuer. Selbst wenn im Laufe des nächsten Haushaltsjahres eine Konjunkturbelebung eintreten sollte, werden sich bei diesen Steuern noch erhebliche Ausfälle ergeben, wie die starke Rückständigkeit gerade dieser Steuern in den letzten Monaten erkennen läßt. Bei der Kapitalverkehrs-, Umsatz- und Verbandssteuer sowie bei den Waffentonnagesteuern sind Mehrerträge nicht bei einer entsprechenden Besserung der Wirtschaftslage zu erwarten, die aber unwahrscheinlich ist. Auf jeden Fall werden sie zur Deckung des Ausfalls bei den anderen Steuern nicht ausreichen.

Wie unter diesen Voraussetzungen der Voranschlag für das Haushaltsjahr 1931 erfüllt werden soll, ist unklar. Zwar ist von der Reichsregierung behauptet worden,

daß im Haushaltsjahr 1931 ein neuer Fehlbetrag nicht entstehen würde. Etwa eintretende Fehlbeträge sollen durch Ausgabenentlastungen, nicht aber durch Erhöhung von Steuern, durch Aufnahme von neuen Schulden usw. ausgeglichen werden. Falls dieses Versprechen eingehalten werden soll, wird die Regierung nicht darum herumkommen, die Ausgaben laufend den Einnahmen anzupassen, d. h. der weiteren Rückständigkeit der Einnahmen automatisch durch Senkung der einzelnen Ausgabenpostitionen Rechnung zu tragen. Ob sie das tun wird und kann, erscheint sehr zweifelhaft, schon angesichts des Umstandes, daß die Regierung bei Verwirklichung der jetzt über die Anknüpfungssanierung schwebenden Pläne ihre eigene Notverordnung vom 2. Dezember d. J. umgehen will, nach der die Geldeinzugaben das damals veranschlagte Maß nicht übersteigen dürfen.

Die Reichsdienststrafordnung.

Der Entwurf dem Reichsrat zugeleitet.

Entsprechend den wiederholten Wünschen des Reichstags hat der Reichsminister des Innern den Entwurf einer Reichsdienststrafordnung ausarbeiten lassen und loben dem Reichsrat zur Genehmigung unterbreitet. Wie erkennbar, hat die Regierung, von dem wohl zutreffenden Geboten ausgehend, daß es unnötig sein werde, das gesamte



gestaltet worden. Der Untersuchungsbericht ist dem Reichsrat nicht mehr von der Verwaltung, sondern vom Vorsitzenden der Reichsdienststrafkommission beilegt worden. Dieser entscheidet auch über Beschwerden gegen Anordnungen des Untersuchungsleiters. Die Rechte der Verteidigung sind wesentlich erweitert, insofern der Beschuldigte sich in jeder Lage des förmlichen Verfahrens, also auch bereits in der Untersuchung, der Hilfe eines Verteidigers bedienen kann. Die Untersuchung wird vom Grundlag der Parteipolitik befreit. Zu jeder dem Beschuldigten nachteiligen Entscheidung des Dienststrafgerichts über die Schuld und die Strafmäßigkeit ist eine Mehrheit von 2/3 der Richterstimmen erforderlich.

Die Aushebung der Vollstreckung

Ist bei der Strafe der Gehaltsstrafe ermöglicht, die Wiederaufnahme eines jeden durch rechtskräftige Entscheidung geschlossenen Dienststrafverfahrens zulässig. Daraus ergibt sich aus die Entscheidung unzulässig verurteilter Beamter von jetzt. Die Bestimmungen über die vorläufige Gehaltsstrafe im Falle der vorläufigen Dienstenthebung sind wesentlich geändert.

Ein offener Brief.

von Winterfeld an Minister Severing.

Berlin, 1. April.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion im Preussischen Landtag, Abgeordneter von Winterfeld, hat einen auch der Presse übergebenen Brief an den Innenminister Severing geschrieben, in dem es u. a. heißt: Nach der amtlichen Verlautbarung über das Zustandekommen der jetzt verkündeten Notverordnung und nach der Rundfunkrede des Herrn Reichsinnenministers haben Sie nicht nur dieser Notverordnung zustimmend, sondern

Zustandekommen beteiligt gewesen. Der Herr Reichsinnenminister hat es in seiner Rundfunkrede so darzustellen vermocht, als sei die ganze Notverordnung hauptsächlich zum Schutze der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgesellschaften notwendig gewesen.

Während der Inhalt sich tatsächlich im wesentlichen gegen das politische Vereins- und Versammlungsrecht richtet und damit in die Zuständigkeit der Länder einschneidend eingreift.

Ich verkenne nicht, daß ein Schutz der Religionsgesellschaften gegen die Gottlosenpropaganda notwendig ist und daß das Leben des Bürgers gegen ein politisches Nihilismus, das mit der Wucht der Arbeit, gekämpft werden muß. Die jetzt verkündete Notverordnung geht aber weit über diese Notwendigkeit hinaus und hebt wesentliche Bestimmungen der Reichsverfassung auf, die einst ausdrücklich als Kampfbündel der Opposition garantiert waren.

Sie stellt eine wirkliche Versammlungsfreiheit, freie Rede und sonstige Propaganda durch Wort und Schrift in Gefahr, weil sie die Kontrolle über diese freirechtlichen Rechte nunmehr in die Hände der politischen Polizei legt.

Ich bitte Sie, Herr Minister, um Auskunft, ob es zutrifft, daß Sie dem Zustandekommen der Notverordnung vorher zugestimmt haben. Sollte die preussische Regierung den Maßnahmen der Reichsregierung nicht beigetreten sein, wie dies bei Bayern trotz der amtlichen Verlautbarung der Reichsregierung der Fall zu sein scheint, dann bitte ich Sie namens der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtages mit aller Entschiedenheit, die Rechte des preussischen Landes zu wahren und zu fordern, daß die Notverordnung beschleunigt wieder aufgehoben wird.

Deutsch-französische Handelsbeziehungen.

Von Hoelsch gegen jeglichen Optimismus.

Paris, 31. März.

Die Deutsche Handelskammer in Paris veranstaltete am 28. März ein Abendessen, an dem der deutsche Botschafter von Hoelsch, Generaldirektor Rieffler sowie eine Reihe anderer französischer und deutscher Gäste teilnahmen. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Handelskammer, Fischer, sprach Botschafter von Hoelsch über die Entwicklung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Im Anschluß an die jüngsten Ereignisse stellte er entgegen freudigen Darstellungen fest, daß sich die deutsch-französische Handelsbilanz auf Grund des deutsch-französischen Handelsvertrages durchaus nicht so günstig wie einseitig zu Gunsten Deutschlands ausnehme, als wie der Anschein erweckt werde. Nach Abzug der Sachleistungen aus Reparationskonto sei ganz allgemein seit Inkrafttreten des Handelsvertrages ein Plussaldo Frankreichs zu Ungunsten Deutschlands festzustellen.

Die französischen Angaben ließen die Berechnung der Reparationsleistungen völlig außer Betracht. Die Wichtigkeit der deutschen Handelsbilanz gegenüber Frankreich während der beiden letzten Jahre sei außerdem zum größten Teil auf die trübselige wirtschaftliche Lage unserer Heimat zurückzuführen und die dadurch stark verringerte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes.

Als Vertreter der Vereinigung der deutschen Journalisten in Paris sprach Dr. Fehrl.

Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es über die gegenwärtige politische Krise in den deutsch-französischen Beziehungen hinweg den Vertretern der deutschen Wirtschaft in Paris und ihrer Laikraft gelingen möge, vom Standpunkt der unbedingten Gleichberechtigung aus die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen einer wahrhaft gefunden und erfrischenden Entwicklung entgegenzuführen.

Regelmäßiger Ozeanluftverkehr

Voranschläge ab Anfang 1933.

— Reuport, 1. April.

Nach mehrwöchigem Aufenthalt hat Dr. Cederer an Bord der „Europa“ die Heimreise nach Friedrichshafen angetreten. Vor seiner Abreise erklärte er in einem Gespräch, er sei nach den Vereinigten Staaten gekommen, um mit den interessierten Finanzkreisen die Möglichkeit eines regelmäßigen Luftverkehrs zwischen Europa und Amerika zu prüfen.

Die Ergebnisse der Prüfung — so führt Dr. Cederer weiter — sind fast ausschließlich befriedigend. Wie wissen jetzt, daß von wirtschaftlichen Standpunkt aus ein regelmäßiger Flugplan zwischen den Kontinenten möglich ist und gewinnbringend gestaltet werden kann. Falls die wirtschaftliche Depression nicht noch länger dauert, wird der transatlantische Flugdienst im Frühjahr 1933 beginnen. Als Standort in Europa ist Friedrichshafen angeschlossen.

Dr. Cederer teilte weiter mit, es sei notwendig, in Amerika ein dem deutschen möglichst ähnliches Luftgesetz zu bauen, um etwa notwendig werdende Reparaturen leichter vornehmen zu können.

Der Fahrpreis für die Überfahrt soll 800 und 1000 Dollar betragen. Die Fahrt von Amerika nach Europa dürfte zwei Tage, die nach Amerika zwei einhalb Tage dauern.